

Epochenthema Migration: Die Mosaiklinke in der Zerreißprobe?

Von Hans-Jürgen Urban

Immer wieder taucht in linken Verständigungsdebatten der Begriff der Mosaiklinken auf. Entstanden ist er im Kontext der klassischen Frage, was unter den Bedingungen des Gegenwartskapitalismus „links“ sei und an welches Subjekt linke Ideen und Hoffnung zu adressieren seien.¹ Dabei begründeten sich die mosaiklinken Revitalisierungsanstrengungen, lange vor den aktuellen Überlegungen zur Gründung einer Sammlungsbewegung, aus der Schwäche linker Politik. Wie vielfach analysiert wurde, geriet die Linke im Übergang vom nationalen Wohlfahrtsstaats- zum globalisierten Finanzmarktkapitalismus zunehmend unter die Räder. Heute ist ihre Defensive der Art, „dass selbst die Paradigmen, mit denen eine solche Politik traditionell arbeitete, diskreditiert scheinen.“²

Die Mosaiklinke als Idee und Perspektive

Die Idee der Mosaiklinken will sich mit dieser Konstellation nicht abfinden. Sie versucht Akteure und Akteurinnen, die ein kapitalismuskritischer Grundimpuls und das Interesse an gesellschaftlichen Transformationsstrategien verbinden, zu einem gemeinsam handelnden Subjekt zusammenzuführen. Dass dieses Unterfangen auf eine robuste Diskussionskultur angewiesen ist, die strategische Kontroverse befördert und zugleich zivilisiert, um ihre Spaltungskraft zu bändigen, ist evident. Es war diese Bereitschaft, im Interesse neuer Handlungsfähigkeit kontroverse Diskurse in einem Klima wechselseitiger Anerkennung auszutragen, die mosaiklinke Allianzen beflügelte. Mitunter kam gar so etwas wie Aufbruchstimmung auf. Das galt etwa für Protestbewegungen gegen TTIP, Ceta oder die Einrichtung institutioneller Orte linker Debatten wie das Institut Solidarische Moderne.³

Eigentlich müssten Themen wie Flucht und Migration sowie das Engagement gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck eine solche bündnispolitische Zusammenführung beflügeln. Internationalismus und Antifaschismus

1 Vgl. Hans-Jürgen Urban, Stillstand in Merkelland: Wo bleibt die Mosaiklinke?, in: „Blätter“, 7/2014, S. 73-82.

2 Terry Eagleton, Die Illusionen der Postmoderne. Ein Essay. Stuttgart. 1997, S. 1.

3 Vgl. www.solidarische-moderne.de.

waren für die Linke stets identitätsstiftend. Und dass der menschenrechtswidrigen Migrationspolitik der Regierungskoalition eine linke Alternative entgegengesetzt werden muss, trifft bis in die gesellschaftliche Mitte auf Zustimmung. Entsprechend selbstbewusst und mit Rückenwind müsste sich die Linke in Stellung bringen können.

Die Migrationsfrage als mosaiklinke Bewährungsprobe

Doch gegenwärtig sieht es nicht danach aus, als würde die Linke diese Bewährungsprobe bestehen. Wie in einem Brennglas bündeln sich in den Debatten um Flucht, Migration und Rechtsruck die Spaltungslinien innerhalb der gesellschaftlichen wie der politischen Linken. Vor allem in der Linkspartei werden Programm- und Strategiekonflikte mit außerordentlicher Härte ausgetragen.⁴ Die parteiinterne Auseinandersetzung um Migration und Sozialstaatspolitik schwelt seit langem, eskalierte jedoch auf dem letzten Parteitag. Als Galionsfigur des einen Lagers wurde medial die Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Sahra Wagenknecht, ausgemacht, während Katja Kipping, Co-Parteivorsitzende, als Protagonistin des Gegenlagers identifiziert wurde. Die einen werfen den anderen vor, mit falschen Schwerpunktsetzungen die Verlierer des Neoliberalismus den Rechtspopulisten zu überlassen. Und die anderen antworten darauf, dass diese Analyse und die darauf beruhende Politikstrategie rassistisch seien und deshalb bekämpft werden müssten.

Die Kluft zwischen den Lagern innerhalb der Partei scheint tief. Doch nicht nur dort: Auch in der gesellschaftlichen Linken entfaltet die Migrationsfrage offenbar geringe Konsens-, aber hohe Spaltungskraft. Der Konflikt flammte erneut anlässlich eines Aufrufs mit dem Titel „Solidarität statt Heimat“ auf, der binnen kurzer Zeit von mehr als 15 000 Menschen unterzeichnet wurde.⁵ Im Zentrum des Aufrufs standen ein mit moralischer Emphase vorgetragenes Bekenntnis gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck und das Anliegen, diesem eine laute Stimme der Solidarität entgegenzusetzen. Die Subbotschaft des Aufrufs zielte jedoch auch auf die parteiinterne Kontroverse. Zugleich befeuerte sie den Konflikt in der gesellschaftlichen Linken, wie die scharf geführten Kontroversen in den sozialen Medien im Nachgang zu dem Aufruf deutlich machten.⁶

Die Lage ist ernst. Die Mosaiklinke droht an der Migrationsfrage zu zerschellen, noch bevor sie sich konstituiert hat. Soll die Perspektive auf eine mosaiklinke Kraft gewahrt werden, sind daher die Suche nach konsensfähigen Essentials linker Migrationspolitik und die Verständigung auf eine neue Diskurskultur unverzichtbar.

4 Martin Reeh, Linkspartei nach Leipzig: Auf zum letzten Gefecht?, in: „Blätter“, 7/2018, S. 9-12.

5 „Solidarität statt Heimat“. Ein Aufruf gegen Rassismus in der öffentlichen Debatte vom 19.6.2018, www.solidarische-moderne.de.

6 Das Institut Solidarische Moderne agierte in diesen Auseinandersetzungen nicht als mosaiklinke Vermittlungsinstanz, sondern eher als Konflikttreiber, der mit polarisierten Interventionen die Trennungsfurchen der parteiinternen Kontroverse in der gesellschaftlichen Debatte nachzog.

Zweifelsohne ist die Migration ein Epochenthema, auf das die Linke eine Antwort finden muss. Und das unabhängig von jahrllich registrierten Flüchtlingen, die sich auf den Weg nach Europa machen. Ursachen für Migrations- und Fluchtbewegungen liegen in Kriegen, politischen Diktaturen sowie ethnischen und religiösen Kämpfen. Aber die Tiefenstruktur der meisten Konflikte ist in weltgesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen, die durch eine obszöne und sich weiter verschärfende Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und allgemeinen Lebenschancen geprägt sind.

Die globale Wirtschaftsordnung enthält großen Teilen der Menschheit die Möglichkeit eines menschenwurdevollen Lebens vor, während die Bevölkerungen in den Wohlfahrtsgesellschaften der kapitalistischen Zentren von einem Bonus in Form einer „Ortsrente“ profitieren, der ihnen andere Lebensperspektiven eröffnet.⁷ Profitieren die Oberen in kapitalistischen Gesellschaften von einem Klassenbonus, der ihnen über ihre soziale Positionierung Einkommens-, Vermögens- und allgemeine Lebensvorteile sichert, so zwingt eine Gerechtigkeitsperspektive, die vom nationalstaatlichen zu einem globalen Blick übergeht, zur Berücksichtigung von Privilegien, die auf der Zugehörigkeit zu bestimmten Regionen und ihren Gesellschaften basieren. Diese Verhältnisse unterteilen Menschen in analogen Klassenlagen in privilegierte und diskriminierte. Und dass postkoloniale Strukturen und imperiale Interventionen der kapitalistischen Zentren sie bis heute stabilisieren, ist ebenfalls evident.

Der Rechtspopulismus der Mitte und das Schweigen der Linken

Offenbar wollen mehr Menschen als bisher ihr Recht auf ein gutes Leben, das ihnen im Herkunftsland verweigert wird, in den Wohlstandszonen der Welt verwirklichen. Aus der Menschenrechtsperspektive sollte jedoch nicht eine vermeintliche Migrationsflut die Gesellschaft aufwühlen, sondern die Frage, was mit den Menschen geschieht, die es nicht mehr in eine sich immer aggressiver abschottende Festung Europa schaffen. Doch der Rechtspopulismus der Mitte, der aus der bayerischen CSU mit stiller Sympathie in Reihen der CDU betrieben wird, ist eine bewusste politisch-kulturelle Entgleisung, die in der Nachkriegsgeschichte ihresgleichen sucht. Was als „Masterplan“⁸ der Migrationspolitik daherkommt, ist eher ein Drehbuch für die Inszenierung eines Aktivismus, der in rechten Wahlerlagern Eindruck schinden soll. Statt Menschen in Not legale Wege der Einwanderung zu eröffnen, werden sie den Todesgefahren des Mittelmeers oder dem Terror einer kriminellen Schlepperindustrie überantwortet. Anker-, Auffang- oder Transferlager vor oder an den europäischen Grenzen oder dubiose „Transferverfahren“ bezeugen die Bereitschaft vermeintlich zivilisierter Gesellschaften, sich mit leich-

7 Branko Milanovi, Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschichten, Berlin 2016, S. 11.

8 Horst Seehofer, Masterplan Migration. Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, (o.O.), 22.6.2018.

ter Hand von Essentials eines humanen Asyl-, Migrations- und Flüchtlingsrechtes zu verabschieden. Und durch die Kriminalisierung von Initiativen wie „Lifeline“, die Flüchtende durch Seenotrettungsmaßnahmen schlichtweg das Leben retten, verschleiern europäische Regierungen den letzten Rest an moralischem Kapital.

Für die politische Rechte rechts der Mitte bedeutet die moralische Selbstdiskreditierung der Flüchtlingspolitik eine permanente Energiezufuhr. Der Rechtspopulismus, dem die Regierungspolitik sekundiert, kann als eine regressive und inszenierte Rebellion gegen die sozialen, politischen und kulturellen Folgeschäden der neoliberalen Transformation des Kapitalismus aufgefasst werden. Regressiv, weil sein Narrativ den Weg in einen Gesellschaftszustand propagiert, der hinter die erreichten Standards an politischer Demokratie und kultureller Diversität zurückfällt. Inszeniert ist die Rebellion gegen den Kapitalismus, da seine Besitz- und Verhältnisseverhältnisse weder angekratzt noch in Frage gestellt werden. Dabei hat sich der Rechtspopulismus längst als soziale Bewegung formiert, die Menschen aus allen sozialen Schichten umfasst und in der eine professionalisierte ideologische Rechts-Elite wichtige Orientierungsfunktionen wahrnimmt.⁹

Der traditionelle linke Sozialreformismus erscheint hingegen weder fähig noch willens, den Bedürfnissen nach Schutz vor Deprivation und nach einer zeitgemäßen Kollektividentität durch progressive Angebote zu entsprechen. Zu stark haben seine Neoliberalisierung oder die Hinwendung zu einem Kosmopolitismus der Mittel- und Oberschichten sein Sensorium für Lebenslagen, Interessen und Ängste der Neoliberalismusverliererinnen und -verlierer geschwächt. Der Rechtspopulismus nutzt die so entstandene Repräsentationslücke. Verunsicherte Individuen werden als Subjekte einer nationalen, mit neuem Widerstandsgeist daherkommenden Bewegung angerufen. Dabei wildert der rechte Populismus gezielt im rhetorischen und politischen Gefilde der Linken. Sozialopportunistisch versuchen rechte Strategen, der Linken das „Kronjuwel der sozialen Frage“ abzujagen und die soziale Frage zum Innen-außen-Konflikt zwischen Deutschen und Migrant*innen umzudefinieren.¹⁰ Unter Enteignung der Mosaik-Metapher wird das Leitbild einer „Mosaik-Rechten“ entworfen, das ein bausteinartiges, rechtes „Gesamt milieu“ befördern soll.¹¹

Die Linke droht sich dagegen entlang der Migrationsfrage zu spalten. Dabei ist es nicht einfach, die widerstreitenden Positionen fair und authentisch zu rekonstruieren. Zu sehr wird mit Subbotschaften, Andeutungen und Assoziationen gearbeitet, werden Sachfragen auf Personalfragen verkürzt. Rekonstruiert man dagegen die Argumentations-Logiken und Kollisionspunkte losgelöst von Einzelpersonen, um sie auf mosaiklinke Verständigungspotentiale abzuklopfen, wird die Kontroverse im Wesentlichen, und in idealtypischer Abstraktion, durch zwei konträre Positionen geprägt.

9 Hans-Jürgen Urban, Kampf um die Hegemonie. Gewerkschaften und die neue Rechte, in: „Blätter“, 3/20018, S. 103-112.

10 Götz Kubitschek, Markenimitate, Kronjuwelen, Seehofer, Wagenknecht, in: „Sezession“, 17.6.2018, www.sezession.de.

11 Benedikt Kaiser, Mosaik-Rechte und Jugendbewegung, in: „Sezession“, 21.4.2017, www.sezession.de.

Menschenrechtlicher Universalismus versus sozialstaatliche Solidarität?

Die eine Position speist sich aus einem menschenrechtlichen Universalismus, der um ein Recht auf ein gutes Leben aller Menschen an allen selbst gewählten Orten in der Welt kreist. Er korrespondiert mit Forderungen nach einem Menschenrecht auf uneingeschränkte Migration und einer Welt ohne jegliche Grenzen („Open Border“). Im politischen Selbstverständnis wie in konkreten Politikforderungen dominieren die Interessen der Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Heimatländer verlassen und eine Perspektive in Europa suchen. Begleitet wird diese Parteinahme von einem bedingungslosen Antirassismus. Es dominieren narrative Interventionen, die von einem globalen Kosmopolitismus und einem normativen Bekenntnissethos getragen werden. Auf die Diskussion ökonomischer, sozialer und politisch-kultureller Friktionen oder eventuell begrenzte Absorptionskapazitäten der Zielländer durch Migration wird weitestgehend verzichtet. Den größten Rückhalt findet dieser Universalismus in Teilen der globalisierungskritischen Bewegung, professionellen Hilfsorganisationen, postmodern sozialisierten Wissenschaftlern und Aktivistinnen aus den postautonom-libertären Milieus der kapitalistischen Zentren.

Demgegenüber stehen Haltungen, die vor allem aus der Perspektive der nationalen Wohlfahrtsstaaten der kapitalistischen Zentren argumentieren. Sie kreisen um traditionelle Leitbilder der sozialen Demokratie und sozialstaatlicher Solidarität. Ihr Fokus ist vor allem auf potentielle oder reale Folgen einer unregulierten Migration für Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme in den Zielländern ausgerichtet. Während Einschränkungen bei Asyl und Flucht zurückgewiesen werden, wird eine freie Arbeitsmigration abgelehnt. Stimmen aus diesem Milieu verstehen sich vor allem als Advokaten der prekarierten und von sozialer Deklassierung bedrohten Bevölkerungsgruppen in den Zielländern. Gewarnt wird vor verschärfter Dumpingkonkurrenz und forciertem Prekariertwerden der Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie vor überforderten sozialstaatlichen Institutionen. Ergänzt wird diese eher migrationsskeptische Positionierung neuerdings durch Plädoyers für lokale Patriotismen und die Bewahrung lokaler Identitäten.¹² Verankert ist sie vor allem in Teilen der Lohnabhängigen, traditionell linksreformistischen Intellektuellen sowie in jener Strömung der Linkspartei, die sich für eine „linke Sammlungsbewegung“ ausspricht.

Beide Positionen können für sich eine eigene, in einer pluralen Linken durchaus diskussionswürdige Argumentations-Logik reklamieren. Und dennoch: Neben persönlichen Antipathien und politischen Hegemoniekämpfen resultiert die Schärfe der Auseinandersetzungen wohl vor allem aus konfrontativen Aufladungen und Unzulänglichkeiten, die Einzelargumente überlagern und Verständigungen erschweren.

Die *Open-Border-Position* besticht durch ihre Empathie für die Flüchtlinge und die Bereitschaft, sich dem Epochenproblem der Zuwanderung mit nor-

¹² So etwa Wolfgang Streeck, Ein Weltbürger ist nirgendwo Bürger, in: „Die Zeit“, 21.6.2018, S. 40.

mativem Elan zu stellen. Doch die Indifferenz gegenüber den ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen dieser universalistischen Solidarität verblüfft.

Der menschenrechtliche Universalismus macht es sich schlicht zu leicht, wenn er Fragen des ökonomischen oder sozialen Unterbaus einer solidarischen Migrationspolitik oder wachsender Zukunftsängste der Globalisierungsverlierer in den Zielländern ignoriert oder gar als rechtsafine Solidaritätsverweigerung qualifiziert. Die immer mitschwingende Innen-außen-Konfliktachse taugt weder in rechter noch in linker Lesart. Weder existiert eine angebliche Migrationsflut von außen, die soziales Elend, politischen Terrorismus und kulturelle Entfremdung nach Europa oder Deutschland brächte, wie von rechts unter bewusster Anwendung von Lügen und Realitätsverzerrungen behauptet wird; noch ist es unstatthaft, die Interessenlagen der Lohnabhängigen in den Zielländern sowie Verteilungs- und Kulturkonflikte bei der Bereitstellung der Ressourcen als diskussionswürdige Probleme festzuhalten. Und gänzlich indiskutabel ist der Gestus der moralischen Unfehlbarkeit, mit dem so manche Intervention aus der No-Border-Fraktion vorgetragen wird. Wenn bereits die Thematisierung der Anstrengungen, die in den Aufnahmeländern zur Subsistenzsicherung der Geflüchteten erbracht wird, als rassistische Problemdefinition tituliert wird, triumphiert intellektuelle Ignoranz über linkes Problembewusstsein.

Doch auch die Fokussierung auf sozialstaatliche Solidarität und das Plädoyer für eine eher funktionale Migrationspolitik krankt an Fehlorientierungen und Unterlassungen. Zweifelsohne leidet sie nicht an jener Blindheit für die materiellen und kulturellen Aspekte der geforderten Solidarität. Auch Verweise auf die Verwurzelung von Menschen in lokalen und regionalen Identitäten haben ihren Platz in der Debatte. Doch ein schlichtes Plädoyer für lokale Patriotismen läuft schnell auf eine analytische Engführung hinaus, die in der Sackgasse endet. Nicht nur, weil Menschen in ihren „pluralen Identitäten“¹³ durchaus mentale Verankerungen im Lokalen mit universalistischen Wertorientierungen im Globalen verbinden können. Einem lokalpatriotischen Blick auf Sozialstaat und Migration fehlt schlicht das Bewusstsein für den Epochencharakter der Migrationsfrage und die menschenrechtsorientierte Empathie für die Flüchtlinge. Und die strikte Unterscheidung zwischen Asyl und Flucht sowie Arbeitsmigration läuft Gefahr, die Dramatik der sozialen Lebenssituation derer zu unterschätzen, die „nur“ aus sozialen Gründen nach Europa fliehen.

Kurzum, die sozialstaatsfixierte Argumentation hat zwar ihre sachliche Berechtigung, auf sich alleine gestellt ist sie jedoch schlichtweg zu kalt für eine gesellschaftliche Linke, die in einer hoch emotionalen Debatte Interventionskraft erlangen will. Und sie nimmt mitunter Grauzonen zu Positionierungen in Kauf, die links – zu Recht – als nicht diskursfähig angesehen werden. Wo aber der Eindruck nicht vermieden wird, rhetorische Überlapung mit rechtspopulistischen Narrativen seien zur Rückholung abtrünniger

13 Amartya Sen, *Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt*, München 2007.

Wählerinnen und Wähler nicht unwillkommen, wird die normative Integrität beschädigt, ohne die eine linke Alternative zu xenophoben Politiken weder entwickelt noch glaubwürdig kommuniziert werden kann. Ohne prinzipielle Opposition gegen rechts keine linke Glaubwürdigkeit, und ohne Empathie für die Geflüchteten keine linke Solidarität.

Soziale Klassenpolitik und linker Internationalismus

Kann es dennoch gelingen, durch die Zusammenführung der rationalen und progressiven Elemente aus den widerstreitenden Positionen eine gemeinsame, mosaiklinke Perspektive zu formulieren? Es nicht zu versuchen, wäre verantwortungslos. Der gesellschaftliche Rechtsruck ist von einer historischen Dimension. Und historisch wäre auch das Versagen einer Linken, die an der Einigung auf einen migrationspolitischen Konsens scheitern würde. Im Folgenden sollen sieben Kernpunkte einer möglichen Positionierung formuliert werden, in der Hoffnung, die Debatte zu versachlichen und einen Schritt voranzubringen.

Erstens: Ausgangspunkt einer mosaiklinken Positionierung muss die unbedingte Solidarität mit den Menschen sein, die in die Wohlstandsgesellschaften des Gegenwartskapitalismus fliehen. Das unverdiente Privileg, in eine Weltregion hineingeboren zu sein, in der dem Kapitalismus ein beachtliches Maß an Wohlfahrt abgekämpft werden konnte, darf nicht in eine Abschottungsmentalität gegen die umschlagen, die von rechts als Gefahr für dieses Privileg inszeniert werden.

Zweitens: Aber, so wichtig der Gestus einer „klaren Haltung“ für Geflüchtete und gegen Rassismus auch ist, er muss durch kapitalismuskritische Realanalysen und entsprechende Politiken unterfüttert werden. Die Glaubwürdigkeit des Bekenntnispathos hängt davon ab, ob die ökonomischen, sozialen und kulturellen Grundlagen einer universellen Solidarität bereitgestellt werden. Und ob dazu die Korrektur der Produktions- und Verhältnisseverhältnisse gelingt, die Einkommen, Vermögen und Lebenschancen entlang der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse verteilen und wachsende Bevölkerungsgruppen in den Zentren zu Globalisierungs-Verlierern machen.

Dabei dient der Verweis auf die unverzichtbare klassenpolitische Umverteilung nicht dazu, prinzipiell jeglichen Beitrag der Arbeiter- und Mittelklassen zur Finanzierung einer solidarischen Migrations- und Integrationspolitik abzulehnen. Dies könnte auf eine „normative Unterforderung“ (Jürgen Habermas) hinauslaufen und die vorhandene Solidaritätsbereitschaft unterschätzen. Doch das Einsammeln von Solidarbeiträgen der Lohnabhängigen kann sicher nicht die Kernaufgabe linker Verteilungspolitik sein. Schon gar nicht nach einer fast drei Jahrzehnte andauernden Phase neoliberaler Umverteilung von unten nach oben. Und auch nicht angesichts der Tatsache, dass die Belastung der Wirtschaft mit Migrationskosten bisher marginal ausfiel und sie sich perspektivisch Vorteile durch mehr Arbeitskräfte und weniger Fachkräfteengpässe verspricht. So wenig die Verteidigung

eines Ortsbonus zielführend wäre, so unverzichtbar ist der Kampf gegen den Klassenbonus.

Drittens: Da sich gerade am Wohlfahrtsstaat die linken Geister scheiden, wird an einer Verständigung über die Rolle wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Politiken kein Weg vorbeiführen. Die im postautonom-libertären Milieu so beliebte Diffamierung der Restbestände nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit hilft dabei nicht. Sozialpolitische Interventionen in die kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse sind keine Blockaden, sondern Voraussetzungen der Fundierung der normativ begründeten Solidarität. Unabdingbar dafür sind weitreichende institutionelle Transformationen. Etwa der Umbau der sozialen Sicherungssysteme und ihre Öffnung für Personen, die sich nicht als inländische Beitrags- oder Steuerzahler an der Sozialstaatsfinanzierung beteiligen konnten. Dies liefe auf eine Relativierung der Erwerbs- und Äquivalenzzentrierung sozialstaatlicher Anwartschaften und eine Aufwertung bedarfsorientierter Mindestsicherung hinaus.

Nicht minder wichtig sind Brücken in die gesellschaftlichen Felder, die für die Sozialintegration der Geflüchteten unverzichtbar sind. Das gilt für Arbeitsmärkte wie für die Systeme der Bildung und der sozialen Sicherheit. Hier sind ausgeweitete Investitionen in die soziale Infrastruktur auf kommunaler Ebene unverzichtbar. Auch hier setzt die materielle Anerkennung der Geflüchteten und die Entschärfung von Verteilungskonflikten unter Leistungsbeziehern – gleich welcher Nationalität und ethnischer Herkunft – Korrekturen der Wertschöpfungsverteilung voraus.

Viertens: Zugleich sollte das Festhalten am Menschenrecht auf ein gutes Leben nicht dazu verführen, alle denkbaren Modelle regulierter Migration unter Rassismus-Verdacht zu stellen. Die anstehende Debatte ist riskant und muss sich stets der Gefahr bewusst sein, ungewollt zur Komplizin einer inhumanen Abschottungspolitik zu werden. Aber das Nachdenken über normativ und gesellschaftlich verantwortbare Migrationsregeln ist nicht nur legitim, sondern angesichts der Komplexität des Sachverhaltes auch erforderlich.

Solches Nachdenken sollte auch eine Positionierung gegenüber dem Spannungsverhältnis zwischen offenen Grenzen und der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates nicht scheuen. Eine Spannung, die sich erhöht, wenn mit der Migration die Zahl der Personen wächst, die um ein gegebenes Sozialbudget streiten (müssen). „Sozial geht nur national“, lautet die mitgelieferte Botschaft eines neoliberalen Nationalismus, der aus einer humanen Migrationspolitik und finanzierbaren Sozialsystemen einen Antagonismus konstruiert.¹⁴ Doch in einer Welt sozialer Ungleichheit und globaler Migrationsbewegungen ist die Fixierung des Sozialen auf das Nationale nicht nur hilflos. Sie muss fast zwangsläufig in restriktiven Politikempfehlungen wie geschlossenen Grenzen enden. Doch diese Conclusio ist reaktionär und in einer mosaiklinken Positionierung fehl am Platz. Zum einen bietet die politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates auch andere Optionen. Etwaige migrationsbedingte Finanzierungsprobleme entschärfen sich beispielsweise

14 Rainer Hank, National sozial, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 15.7.2018.

auch, wenn die Integration der Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt gelingt und aus ehemaligen Leistungsempfängern einnahmesteiigernde Wertschöpfungsproduzenten werden. Und vor allem: wenn das Sozialbudget entsprechend den normativ gerechtfertigten Bedarfen durch eine entsprechende Besteuerung von Profiten, Vermögen und hohen Einkommen erhöht wird. „Grenzen zu“ lautet die rechte Antwort, Arbeitsmarktintegration und eine Verteilungspolitik, die die erforderlichen Ressourcen an den richtigen Stellen holt, sollten Essentials der linken sein.

Unabgeholte Emanzipationsaufgaben im Kapitalismus

Fünftens: Konsens sollte auch sein, dass die Neuinszenierungen eines Gegensatzes zwischen Klassen- und Anerkennungsfragen hinter erreichte Diskussionsstände zurückfielen. Hier kann die mosaiklinke Positionierung von Impulsen aus intersektionalistischen Ansätzen in der Sozialforschung und dem US-amerikanischen Feminismus profitieren.¹⁵ Wer wollte leugnen, dass die kultur- und anerkennungstheoretischen Zugänge zu Macht- und Herrschaftsfragen eine Bereicherung des kapitalismuskritischen Diskurses darstellen. Stärker als polit-ökonomisch fixierte Ansätze haben sie verborgene Mechanismen und Dimensionen von Unterdrückung, Abwertung und Ausschluss freigelegt. Und zu Recht beharren linke Anerkennungspolitiken auf die Emanzipationsinteressen von Frauen, Immigranten, People of Color sowie Angehörigen der LGBTQ-Communities als Essentials linker Politik. Ein unabdingbarer Antirassismus ist eines davon.

Das Problem beginnt, wenn vergessen wird, dass sich diese Emanzipationsaufgaben auch heute noch in kapitalistischen Gesellschaften stellen, dass dieser Kapitalismus sie funktionalisiert und dass die in der modernen Linken so beliebte Entsorgung von Kapitalismus- und Klassenfragen bereits analytisch in die Irre führt. Speziell der Rechtspopulismus lässt sich kaum begreifen, wenn Deprivation, Abwertung und Repräsentationslücken im neoliberalen Kapitalismus außen vor bleiben. Menschen werden nicht als Rassisten geboren, sie werden zu solchen (gemacht). Und wer das ändern will, muss sich um das „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Karl Marx) kümmern, das sie prägt. Dass es weder Sympathie noch Rechtfertigung bedeutet, diese „realen Gründe“ von „Verbitterung und Empörung“ als Ansatzpunkte für Gegenstrategien anzuerkennen, sollte nicht weiter begründet werden müssen.¹⁶

Sechstens: Eine klassenpolitische informierte Anerkennungspolitik verkennt also nicht die Spaltungslinien, die sich entlang von Geschlecht, sexueller Orientierung oder ethnischer Herkunft entfalten und sich mit sozialen Diskriminierungen verquicken. Sie adressiert aber das Gros der Geflüchteten zugleich als Mitglieder einer globalen Klasse von abhängig Arbeitenden.

15 Das gilt etwa für die aktuellen Interventionen von Nancy Fraser, *From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond*, in: „American Affairs“, 4/2017, S. 46-64.

16 Michael Hardt und Antonio Negri, *Der schwarze Spiegel: Soziale Bewegungen von rechts*, in: „Blätter“, 6/2018, S. 101f.

den und Lebenden. Und diese sollten nach Gemeinsamkeiten in Lebens- und Interessenlagen als Grundlagen solidarischer Politiken fahnden. Dass zwischen inländischen Lohnabhängigen und Flüchtlingen mitunter tiefe soziale und kulturelle Spaltungen zu überbrücken sind, sollte nicht entmutigen. Vor allem die Gewerkschaften sind hier gefordert. Unter Anerkennung kultureller Differenzen müssen einladende Angebote zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Kämpfen formuliert werden. Das gilt für diejenigen, die Arbeitsmärkte und Arbeitsstätten der kapitalistischen Lohnarbeit erreichen. Ansonsten droht die Abdrängung der Geflüchteten in ein Subproletariat, in dem gute Lebenschancen verweigert und entwürdigende Dumpingkonkurrenz befördert werden.

Gefordert ist inklusive Klassensolidarität

Inklusive Klassensolidarität muss aber auch diejenigen einbeziehen, die nicht an der Erwerbsarbeit teilnehmen (können), etwa aufgrund von Sprachproblemen, fehlenden Berufsqualifikationen oder traumatischen Fluchterlebnissen. Auch ihr Recht auf materielle Subsistenz und soziale Integration muss außer Frage stehen und vertreten werden. Vor allem aber sollte klassenpolitische Integration dieser Art nicht als Einbeziehung stummer und passiver Individuen gedacht werden. Der in der Migrationsdebatte omnipräsente Paternalismus stabilisiert den Opferstatus der Eingewanderten und stellt ihre Entmündigung auf Dauer. Gefordert sind hingegen Strategien der Selbstermächtigung der Geflüchteten durch ihre Einbeziehung in soziale Interessenkämpfe. Das Ziel ist nicht gut gemeinte Fürsorge, sondern die Sozialintegration sukzessive an Autonomie gewinnender Subjekte in interessenpolitische Solidarverbünde.

Siebtens: Gänzlich irritierend ist, dass die linke Migrationsdebatte bisher weitgehend ohne eine adäquate internationalistische Dimension auskommt. Dabei ist die Notwendigkeit eines neuen, linken Internationalismus, der auch die nicht vergisst, die sich nicht auf die Flucht machen, unabweisbar. Kooperative Unterstützung für die lokalen Initiativen der Selbstorganisation in vielen Regionen der Welt markieren dafür geeignete Ansatzpunkte.¹⁷

Der Verweis auf die Beseitigung der Fluchtursachen gehört zur Feigenblattargumentation rechter Migrationskritiker, um das Dichtmachen der Grenzen zu rechtfertigen. Doch dies ändert nichts, aber auch gar nichts daran, dass der Kampf um Rechte und Würde nicht erst beginnen kann, wenn die Menschen die Torturen der von kriminellen Schleppern organisierten Flucht überlebt und die Grenzen der Wohlstandsfestungen erreicht haben. Oder ist es für linke Politik wirklich ohne Belang, dass die Lebensgrundlagen vieler in den Herkunftsländern durch Interventionen aus den Zentren zerstört werden: durch geostrategische Machtpolitik, durch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch den aufgezwungenen Fossilismus und

17 Vgl. Thomas Gebauer und Ilija Trojanow, *Hilfe? Hilfe! Wege aus der globalen Krise*, Frankfurt a. M. 2018.

durch die Befeuerung religiös oder ethnisch definierter Machtkonflikte? Gerade die Linke sollte im Streit um Freizügigkeit auch das Recht, bleiben zu können, nicht vergessen. Ob dieses als Anspruch auf Heimat oder darauf, seinen Lebensort frei wählen zu können, wahrgenommen wird, kann letztlich nur durch die Betroffenen selbst entschieden werden.

Für eine mosaiklinke Diskurskultur

Ein vorläufiges Fazit lautet also: Eine mosaiklinke Strategie der globalen Klassensolidarität teilt mit der *No-Border-Position* den menschenrechtsbasierten Universalismus und eine darauf beruhende Solidarität mit den Geflüchteten. Sie verwirft aber die Attitüde moralischer Unanfechtbarkeit und leugnet die Anstrengungen nicht, vor denen die Aufnahmegesellschaften stehen. An der Position *sozialstaatlicher Solidarität* akzeptiert sie die Hinweise auf die ökonomischen, sozialen und alltagskulturellen Voraussetzungen der normativ begründeten Solidarität, kritisiert aber deren analytische Engführung, politische Uneindeutigkeiten und emotionale Kälte gegenüber Fluchtursachen und Schicksalen. Und sie verbindet dies mit dem Anspruch auf eine umfassende Sozialreform, die die traditionellen, auf dem Staatsbürgerstatus beruhenden Sozialstaatsstrukturen öffnet. Auf diese Weise stellt sie die universelle Moral auf ein politökonomisches Fundament.

Mit einer solchen Positionierung sind essenzielle Probleme weder angesprochen noch gar gelöst. Welche verteilungspolitischen Erfolge müssen realisiert werden, um die materiellen Ressourcen einer Politik der offenen Grenzen zu ermöglichen? Welche Diskurse sind wie zu organisieren, um gesellschaftliche Zustimmung zu sichern und rechte Instrumentalisierungsversuche zu kontern? Und: Existiert auch für solidarische Einwanderungsgesellschaften ein Tipping-Point, an dem das normativ begründete Postulat möglichst weit geöffneter Grenzen die Absorptionskapazitäten der Gesellschaften überfordert? Wenn ja, wo liegt er und wie könnte er hinausgeschoben werden?

Will die Linke solche Fragen mit dem Ziel einer mosaiklinken Verständigung debattieren, ist zunächst die Verständigung auf eine neue Diskurskultur unverzichtbar. In dieser wäre vor allem beim Hantieren mit der Rassismus-Keule Vorsicht geboten. Sie ist kein geeignetes Instrument im Ringen um die analytische Durchdringung und strategische Bewältigung einer Epochenaufgabe. Das ist kein Appell gegen klare Standpunkte oder für lauwarmer Toleranz gegenüber Nationalismus oder Xenophobie. Rassismus, auch der wieder aufkeimende Alltagsrassismus, muss Rassismus genannt und entsprechend bekämpft werden. Aber wo er anfängt und wo er aufhört und welche Problemlösungsvorschläge wirklich in Rassismus-Nähe geraten, ist zu diskutieren, nicht zu dekretieren.

Unverzichtbar bleibt auch die Kooperation mit einer kritischen Sozialforschung. Von dieser kann vor allem evidenzbasiertes Wissen für die Suche nach mosaiklinken Politiken erwartet werden. Nicht Applaus für apodiktische Setzungen, sondern eine prinzipiell kritische Haltung gegenüber

schnellen Antworten ist angezeigt. Wenn selbst Sozialwissenschaftler/innen sich daran beteiligen, die Suche nach den sozialen und ideologiepolitischen Treibern des Rechtspopulismus als Relativierung oder gar als stille Sympathie für Menschenfeindlichkeit zu qualifizieren, diskreditiert dies nicht nur die eigene Profession. Die Beteiligung an einem normativen Rigorismus, der auf komplexe soziale Fragen mit pathetischen Bekenntnissen statt mit theoretischer und empirischer Forschung antwortet, käme einem Verrat an den Prämissen kritischer Wissenschaft gleich. Und eine Selbstdemontage kritischer Sozialforschung ist nun wirklich das Letzte, was eine um politische Interventionskraft ringende Mosaiklinke braucht.

Postkapitalismus als Perspektive?

Eine mosaiklinke Migrationspolitik hat also eine Vielzahl analytischer, normativer und strategischer Fragen zu beantworten. Dabei kann eine Klarstellung nicht schaden: Klassenpolitische Fundierung linker Migrationspolitik bedeutet mehr, als die soziale Frage zu stellen und sich für mehr sozialstaatliche Leistungen auszusprechen. Klassenpolitik beruht auf der Ambition, Menschen in gemeinsamer Lage und mit ähnlichen Problemen zu solidarischen Praxen zu ermächtigen. Und Klassenpolitik aus der Perspektive der abhängig Arbeitenden und Lebenden thematisiert die kapitalistischen Besitz-, Herrschafts- und Hegemonieverhältnisse als Strukturblockaden der sozialen Emanzipation; für Sozialstaatsbürger und -bürgerinnen und für Zugewanderte. Und sie sammelt und ermutigt diejenigen, zu deren Lasten das alles geht, zu einer Politik der Transformation dieser Verhältnisse.

Eine klassenpolitisch fundierte Migrationspolitik muss sich also auch die Transformationsperspektive neu aneignen. Vielerorts wird wieder kritisch nach der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus gefragt. In der Migrations-Debatte kaum. Dabei spricht vieles dafür, dass nachhaltige Erfolge gegen den rechtspopulistischen Autoritarismus und für ein gutes Leben von Flüchtlingen und Einheimischen in den Strukturen des Gegenwartskapitalismus kaum zu realisieren sind. Die Dynamiken der finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation werden immer wieder soziale Prekarisierung und kulturelle Abwertungen befördern; die Besitz- und Machtverhältnisse werden weiter die notwendige Umverteilung von Ressourcen blockieren; und politische Demokratie wird von autoritären Krisenlösungsversuchen bedroht und fragil bleiben.

Trifft diese Einschätzung zu, muss die Debatte über eine mosaiklinke Migrationspolitik um die Perspektiven einer postkapitalistischen Gesellschaft erweitert werden.¹⁸ Postkapitalistische Transformation als Bedingung der Möglichkeit umfassender Solidarität. Um gute Antworten auf die damit verbundenen Fragen sollte der Streit in der Linken geführt werden; und zwar selbstkritisch, argumentativ und solidarisch. Als Mosaiklinke eben.

¹⁸ Als einen Diskussionsanstoß vgl. Klaus Dörre: Neo-Sozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: „Blätter“, 6/2018, S. 105-115.